

Regierungsratsbeschluss

vom 12. Juli 2005

Nr. 2005/1611

Änderung des Anhangs zur Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (RVOV); neue Aufgabenzuteilung; Justizverwaltung selbständig, Finanzausgleich (vom FD zum VWD), Bildungswesen im Bereich der Gesundheitsberufe (vom Ddl zum DBK); Bereiche Gemeinden sowie Zivilstand und Bürgerrecht (vom Ddl zum VWD)

1. Erwägungen

Im Zusammenhang mit der Departementsverteilung für die Amtsperiode 2005-2009 hat der Regierungsrat an einer ausserordentlichen Sitzung vom 10. Mai 2005 mit den neu gewählten Regierungsmitgliedern Peter Gomm, Esther Gassler und Klaus Fischer beschlossen, die Bereiche 'Gemeinden' sowie 'Zivilstand und Bürgerrecht' per 1. August 2005 vom Departement des Innern ins Volkswirtschaftsdepartement zu verschieben. Zudem soll der Bereich 'Finanzausgleich' per 1. August 2006 vom Finanzdepartement ins Volkswirtschaftsdepartement transferiert werden. Die beschlossene Neuorganisation erfordert Anpassungen der Aufgabenzuteilung im Anhang zur Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (RVOV) und der Bezeichnungen in diversen anderen Erlassen.

Per 1. August 2005 tritt im weiteren die Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation in Kraft, mit welcher die selbständige Gerichtsverwaltung eingeführt wird. Für die finanziellen und personellen Angelegenheiten der Staatsanwaltschaft sowie der Jugendanwaltschaft bleibt jedoch das Bau- und Justizdepartement zuständig. Der Bereich 'Justizverwaltung' ist daher im Anhang zur RVOV als Aufgabe des Bau- und Justizdepartementes zu ersetzen durch 'Strafverfolgungsbehörden (finanziell, personell)'. In der Verordnung über die Sitzungsgelder und die Sitzungspauschalen sind die Abschnitte über die mit der selbständigen Gerichtsverwaltung aufgehobenen Spezialgerichte bzw. Rekurskommissionen aufzuheben.

Zugleich werden weitere Anpassungen im Anhang zur RVOV und in anderen Erlassen im Zusammenhang mit den folgenden Organisationsänderungen vorgenommen: Der Bereich 'Denkmalpflege, Archäologie' wechselte per 1. Januar 2002 vom Departement für Bildung und Kultur ins Bau- und Justizdepartement (Neuorganisation mit RRB Nr. 2070 vom 22. Okt. 2001 beschlossen). Das 'Bildungswesen im Bereich der Gesundheitsberufe' wird per 1. Januar 2006 vom Departement des Innern ins Departement für Bildung und Kultur verschoben.

2. Beschluss

Siehe nächste Seite.

Änderung des Anhangs zur Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (RVOV)

RRB Nr. 2005/1611 vom 12. Juli 2005

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn

gestützt auf das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung vom 7. Februar 1999 (RVOG¹⁾), insbesondere § 17 Absätze 2 und 3 und § 28 Absatz 2,

beschliesst:

I.

Der Anhang zur Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung vom 11. April 2000 (RVOV²⁾) wird wie folgt geändert:

BAU- UND JUSTIZDEPARTEMENT (BJD)

In Lemma 10 wird die Bezeichnung 'Justizverwaltung' ersetzt durch 'Strafverfolgungsbehörden (finanziell, personell)'.³⁾

Als Lemma 16 wird angefügt:

- Amtliche Vermessung; SO!GIS-Koordination

Als Lemma 17 wird angefügt:

- Denkmalpflege, Archäologie³⁾

DEPARTEMENT FÜR BILDUNG UND KULTUR

Lemma 11 (Denkmalpflege, Archäologie) wird gestrichen.

Als Lemma 14 wird angefügt:

- Bildungswesen im Bereich der Gesundheitsberufe⁴⁾

FINANZDEPARTEMENT (FD)

In Lemma 3 wird 'Finanzausgleich' gestrichen.⁵⁾

Lemma 15 lautet neu:

- Finanzkontrolle (personell)

Lemma 16 lautet neu:

- Grundbuch, Erbschaften, Betreibungen, Konkurse, Handels- und Güterrechtsregister (finanziell; personell)

Lemma 17 lautet neu:

- Amtschreiberei-Inspektorat (finanziell; personell)

Lemma 18 lautet neu:

- Kantonale Pensionskasse Solothurn (personell)

DEPARTEMENT DES INNERN (DdI)

In Lemma 4 wird 'Bildungswesen im Bereich der Gesundheitsberufe' gestrichen.¹⁾

¹⁾ BGS 122.111.

²⁾ GS 95, 112 (BGS 122.112).

³⁾ RRB Nr. 2070 vom 22. Okt. 2001 (mit Wirkung per 1. Jan. 2002).

⁴⁾ Inkrafttreten per 1. Januar 2006.

⁵⁾ Inkrafttreten per 1. August 2006.

In Lemma 6 wird 'Gemeinden' gestrichen.

In Lemma 13 wird 'Zivilstand und Bürgerrecht' gestrichen.

VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT (VWD)

Als Lemma 17 wird angefügt:

- Gemeinden (inkl. Zivilstand und Bürgerrecht, Finanzausgleich³))

II.

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verordnung zum Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 1. April 2003 (Finanzausgleichsverordnung)³

In den §§ 1 Abs.1, 19 Abs. 1, 20 Abs.1 und 23 Abs.3 wird die Bezeichnung 'Finanzdepartement' ersetzt durch 'Departement'.

2. Verordnung über den Zivilstandsdienst vom 16. Mai 2000 (VZD)⁴

§ 7 Absatz 1 lautet neu:

¹ Die Aufsicht über die Zivilstandsämter wird vom Departement ausgeübt (§ 37 Abs. 1 EG ZGB).

3. Vollzugsverordnung zum Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht vom 28. September 1993 (Bürgerrechtsverordnung)⁵

§ 1 Absatz 2

Der Einleitungssatz lautet neu:

² Das Departement ist zuständig.

4. Verordnung über die Sitzungsgelder und die Sitzungspauschalen vom 23. September 2002⁶

Anhang 1

Bau- und Justizdepartement

Kategorie 3:

Die Bezeichnung 'Jugendgerichte' wird ersetzt durch 'Jugendgericht'.

Die folgenden Bezeichnungen werden gestrichen:

Kategorie 4:

Finanzausgleichsrekurskommission

Rekurschätzungskommission SGV

Landwirtschaftliche Rekurskommission

Kategorie 5:

Kantonales Kassationsgericht

Kriminalgericht; Laienrichter und Suppleanten

¹) Inkrafttreten per 1. Januar 2006.

²) Änderung betr. Finanzausgleich: Inkrafttreten per 1. August 2006.

³) GS 98, 93 (BGS 131.721).

⁴) GS 95, 144 (BGS 212.11).

⁵) GS 92, 942 (BGS 112.12).

⁶) GS 97, 227 (BGS 126.511.31).

Departement für Bildung und Kultur

Kategorie 2:

Zeile 1 (Koordinationskommission Bildung (inkl. deren Ausschüsse) wird gestrichen.

Als Zeile 4 wird angefügt:

Schulkommission des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe¹⁾

Finanzdepartement

Kategorie 3 (Finanzausgleichskommission) wird integral gestrichen.²⁾

Departement des Innern

Kategorie 2:

Zeilen 3-6 (Stiftungsräte der 4 Spitäler) werden gestrichen.³⁾

Zeile 4 (Kantonale Ethikkommission) wird gestrichen.⁴⁾

Zeile 10 (Schulkommission des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe) wird gestrichen⁵⁾

Zeile 15 (Kantonale Einbürgerungskommission) wird gestrichen.

Volkswirtschaftsdepartement

Kategorie 2:

Als Zeile 5 wird angefügt:

Fachkommission Bürgerrecht

Kategorie 3:

Als Zeile 3 wird angefügt:

Finanzausgleichskommission⁶⁾

Anhang 2Bau- und Justizdepartement

Die folgenden Abschnitte werden gestrichen:

Kassationsgericht

Kriminalgericht

Finanzausgleichsrekurskommission

Rekurs-Schätzungskommission der Solothurnischen Gebäudeversicherung

Kantonale landwirtschaftliche Rekurskommission

Departement des Innern

Der Abschnitt 'Einbürgerungskommission' wird gestrichen.

Volkswirtschaftsdepartement

Als neuer Abschnitt wird angefügt:

Fachkommission Bürgerrecht

Mitglieder: für Zirkularbeschlüsse pro Sendung 100

¹⁾ Inkrafttreten per 1. Januar 2006.

²⁾ Inkrafttreten per 1. August 2006.

³⁾ Inkrafttreten per 1. August 2006.

⁴⁾ Inkrafttreten per 1. Januar 2006 (RRB 2005/1371 vom 27. Juni 2005).

⁵⁾ Inkrafttreten per 1. Januar 2006.

⁶⁾ Inkrafttreten per 1. August 2006.

5. Verordnung über die Delegation der Unterschriftsberechtigung in den Departementen vom 18. Dezember 1995¹⁾

Ziffer 2.2.2. Geschäftskreis des Departementes des Innern

§ 4

Buchstabe f lautet neu:

f) vom Chef oder der Chefin des Amtes für soziale Sicherheit

Buchstabe g (vom Leiter oder von der Leiterin der Abteilung Gemeinden) wird gestrichen.

Als neue Ziffer 5. unter Buchstabe i) wird eingefügt:

5. Friedhöfe und Bestattungen;

Ziffer 2.2.5. Geschäftskreis des Volkswirtschaftsdepartementes

§ 7

Als neuer Buchstabe g) wird angefügt:

g) vom Chef oder von der Chefin des Amtes für Gemeinden Verfügungen und Anordnungen nach der Gesetzgebung über

1. die Gemeinden;

2. das Bürgerrecht, den Zivilstand und das Zivilstandswesen; diese Verrichtungen können auch vom Leiter oder von der Leiterin Zivilstand und Bürgerrecht unterzeichnet werden.

6. Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 4. April 1954²⁾

In den §§ 34^{bis} Absatz 1, 77, 78 Absatz 2 und 79 wird die Bezeichnung 'Departement des Innern' durch 'Departement' ersetzt.

7. Gebührentarif vom 24. Oktober 1979 (GT)³⁾

Abschnitt II. Gebühren der Verwaltung

Unterabschnitt B. Gebühren der Departemente und Ämter

In Ziffer 5. Departement des Innern werden § 35ter und § 35quater entfernt und in Ziffer 6. Volkswirtschaftsdepartement als §43ter und §43quater angefügt.

8. Verordnung über die Organisation und den Betrieb des kantonalen Bildungszentrums für Gesundheitsberufe (BZG Kanton Solothurn) vom 27. März 2001⁴⁾

In den §§ 2 Abs. 1 und 3, 15 Abs. 2, § 17 Abs. 2 wird die Bezeichnung 'Departement des Innern' durch 'Departement' ersetzt.

In § 2 Abs. 2 wird die Bezeichnung 'Gesundheitsamt' durch 'Departement' ersetzt.

¹⁾ GS 93, 734 (BGS 122.218).
²⁾ GS 79, 186 (BGS 211.1).
³⁾ GS 88, 186 (BGS 615.11).
⁴⁾ BGS 811.422.1.

9. Verordnung über die Lehrverhältnisse am kantonalen Bildungszentrum für Gesundheitsberufe (BZG Kanton Solothurn) und bei den öffentlichen solothurnischen Spitälern vom 27. März 2001¹⁾

In § 22 Abs. 2 wird die Bezeichnung 'Departement des Innern' durch 'Departement' ersetzt.

10. Verordnung über den Schutz der historischen Kulturdenkmäler vom 19. Dezember 1995²⁾

In den §§ 17 Abs. 1, 32 Abs. 3, 33, 34 Abs. 3 wird die Bezeichnung 'Erziehungs-Departement' durch 'Departement' ersetzt.

III.

Diese Änderungen treten am 1. August 2005 in Kraft; die Änderungen betreffend 'Bildungswesen im Bereich der Gesundheitsberufe' sowie 'Schulkommission des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe' und 'Kantonale Ethikkommission' treten auf den 1. Januar 2006, jene betreffend 'Finanzausgleich' und 'Finanzausgleichskommission' sowie 'Stiftungsräte der 4 Spitäler' treten am 1. August 2006 in Kraft. Vorbehalten bleibt das Einspruchsrecht des Kantonsrates sowie, bezüglich der Änderungen in der Verordnung über den Zivilstandsdienst vom 16. Mai 2000 (VZD)³⁾ die Genehmigung durch den Bund.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

¹⁾ BGS 811.422.2.
²⁾ BGS 436.11.
³⁾ BGS 212.11.

Verteiler RRB

Departemente (je 3)
Staatskanzlei (3) Sch, Stu, Ast,
Staatskanzlei San (Einleitung Einspruchsverfahren und Einholen Genehmigung Bund)
Leiter/-innen Administration der Departemente (5)
Drucksachenverwaltung
Staatsarchiv
Parlamentsdienste
AIO, Telefonverantwortliche
AIO, Konsulverantwortliche
Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (4) z.Hd. Abteilung Gemeinden, Zivilstandsaufsicht
und Bürgerrecht
AFIN z.Hd. Abteilung Finanzausgleich und Statistik (4)
BJD, Abteilung Rechtsdienst Justiz (FF)
Hochbauamt, Abt. Liegenschaften
Personalamt (2, Verantwortliche Organigramme, Stellenpläne)
Gehaltsabteilung
Amtsblatt
GS
BGS

Veto Nr. 81 Ablauf der Einspruchsfrist: 15. September 2005.

Verteiler Verordnung
